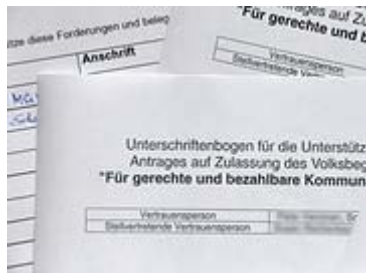


<http://www.mdr.de/thueringen/volksbegehren100.html>

23.000 Unterschriften für Volksentscheid zu Kommunalabgaben

Mehr als 23.000 Thüringer haben sich im ersten Schritt eines Volksbegehrens für die Abschaffung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen ausgesprochen. Das gab die Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben bekannt. Peter Hammen, Vorsitzender der Allianz, erklärte, es kommen sogar immer noch weitere Unterschriften dazu.



Mehr als 23.000 Unterschriften wurden gesammelt.

Für den Zulassungsantrag für das Volksbegehren wären lediglich 5.000 Unterschriften nötig gewesen. Die Liste soll nächste Woche dem Innenministerium übergeben werden. Anschließend werden die Unterschriften auf Übereinstimmung mit dem Melderegister geprüft. Danach muss Landtagspräsidentin Birgit Diezel über die Zulassung des Volksbegehrens entscheiden. Für das eigentliche Volksbegehren müssen dann die Unterschriften von zehn Prozent der Wahlberechtigten, das sind rund 200.000 Thüringer, gesammelt werden.

Die Bürgerallianz will erreichen, dass die Kosten der Gemeinden für Abwasserinvestitionen künftig nicht mehr über Beiträge der Grundstückseigentümer umgelegt werden, sondern über die Gebühren der Verbraucher. Darüber hinaus sollen die Gemeinden statt der bisherigen Straßenausbaubeiträge künftig eine Infrastrukturabgabe wie in Sachsen erheben können.

Streit um Kommunalabgaben seit den 90er-Jahren

Die Beiträge, die Städte und Gemeinden für Straßen sowie Wasser- und Abwasseranschlüsse erheben, sind seit den 1990er-Jahren in Thüringen umstritten. Immer wieder hatten örtliche Initiativen gegen die Beiträge protestiert. Schließlich hatten sie sich zu einer Bürgerallianz zusammengeschlossen. Im Landtagswahlkampf 2004 hatte der damalige Ministerpräsident Dieter Althaus Landeshilfen versprochen. Diese Hilfen hatte das Land bis zu 56 Millionen Euro im Jahr gekostet. Die aktuelle Landesregierung will sie deshalb wieder abschaffen.

Zuletzt aktualisiert: 11. August 2011, 11:48 Uhr